

Saale-Zeitung.

Sechsbundertziger Jahrgang.

werden die 660000 Reichsmark...

Ercheint täglich einmal, Sonntags und Montags einmal

Redaktion und Haupt-Verlagsstelle: Halle, Gr. Steinbühlstraße 17; Verlagsdrucker: Markt 24.

Bezugspreis

Der Halle vierteljährlich bei postmöglicher Aufstellung 2,50 M., durch die Post 2,75 M., einschließlich Zustellungsgebühr.

Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung“ eingetragen.

Bestandtheil der Redaktion Nr. 1140; der Anzeigen-Abteilung Nr. 170; der Abonnementsabteilung Nr. 1133.

Nr. 129.

Halle a. S., Dienstag, den 18. März.

1913.

Bestellungen auf die „Saale-Zeitung“

werden ungesetzt von allen Postanstalten und unseren Expeditionen angenommen.

Mahmud Schefkets Not.

Das Memorandum, das, wie berichtet, dem Großwesir Mahmud Schefket-Pascha von einer Gruppe türkischer Offiziere übergeben worden ist, um ihn zum Rücktritt zu veranlassen, ist von etwa 3000 Offizieren unterzeichnet worden.

Zwischen Bulgaren und Serben.

Der Korrespondent der „Times“ in Saloniki ergänzt seine Meldung über die „Schlacht von Nigrita“ dahin, daß die Bulgaren den Griechen 48 Stunden Zeit gegeben hätten.

Deutsches Reich.

„Wer bringt an den Kaiser die Wahrheit heran?“

Die „Tägliche Rundschau“ kommt in einer Zuschrift aus Elbing noch einmal auf die Angelegenheit des Richters Gohst zurück. Sie erblickt die Zufahrt von einer Persönlichkeit, auf deren Unparteilichkeit und königstreue Gesinnung sie sich verlassen zu können glaubt, und diese Persönlichkeit schreibt auf Grund genauer Informationen, daß der Richter des Cabiners Borners Reichberg, Herr Gohst, hat in einem Zusammenstoß mit dem Kaiser die Gnade des Kaisers die Wiederberufung seiner persönlichen Ehre erbeten, daß er aber keine Antwort auf dieses Gesuch erhalten habe.

„Und wenn in dem ersten Prozeß gegen Gohst mehrere Elbinger Rechtsanwölfe die Vertretung der ausbleibenden Sache abgelehnt hatten, so daß sie schließlich Herr Lewinsohn übertragen werden mußte, dann lag den Leuten natürlich: Der Kaiser läßt sich von einem bereits in Strafe genommenen Anwalt vertreten! Auch die Übernahme des jüngsten Prozesses gegen Gohst sollen mehrere Elbinger Rechtsanwölfe als ausbleibend abgelehnt haben. Aber das alles ist nicht die Hauptsache. So bedauerlich es ist, solche Ratgeber in der Umgebung des Kaisers zu wissen, wie vielerlei sich über die eigentliche Herrschaft in Cabinen sagen ließe — man kann darüber mit Schweigen und Vergessen hinweggehen. Die Hauptsache ist und bleibt: Der Kaiser hat mit der Aushebung über den Richter, den er „hinanspruchnehmen“ habe, weiß er nichts taute, einen tüchtigen, ehrenwerten Bürger in einer Weise öffentlich beleidigt, die jemand anderem eine gerichtliche Klage zuziehen würde. Er hat es auf Grund falscher sachlicher Informationen getan. Der Kaiser ist immun. Um so mehr müßte deshalb jeder Royalist von dem Monarchen erwarten, daß er öffentlich begangenes Unrecht aus eigenem Entschluß wieder auf macht. Da wird die Gnade gegenüber dem widerrechtlich Geldadipiten zur Nichtachtung gegenüber der monarchischen Idee. Höchst eigentümlich berührt es, daß die konservativ-agrarischen Führer keinen Sinn für die Art zu haben scheinen, wie der monarchische Gebante in unserer Zeit und in unserem Volke allein zu bewahren ist. Die eigenen Berufsgenossen des Richters Gohst, darunter sehr ansehnliche und wohlthätige Landwirte, haben zwar eine Ehrenerkärung für den Beleidigten beschlossen, aber sie sind

von den konservativ-agrarischen Führern im Stich gelassen worden. Der Landrat Graf Rodowitsch-Mehner hat unter falschen Vorbeeren (ober falschem Verdacht) zu leiden gehabt; er hat den Beschluß des landwirtschaftlichen Sozialvereins nicht unterschrieben, sondern mit seinem Kreisbaumeister die Sitzung verlassen. Herr v. Odenburg-Zanuskau, der Vorsitzende der Landwirtschaftskammer, an den man sich um Vertretung der gerechten Sache wandte, hat abweisend abgelehnt; die böse Presse habe schon alles verordnet. Dabei ist es allgemein bekannt, daß Herr Gohst keine einzige der Hunderte von Zeitungsfragen beantwortet und seinen einzigen Berichterstatter informiert hat. Wie aber hätte irgend jemand es verhindern können, daß sich die Öffentlichkeit mit einer so auffallenden öffentlichen Äußerung des Monarchen beschäftigte?“

Honful Müller freigelassen.

Der „Associated Press“ meldet aus Nagales: Die Staatsbehörden von Sanora haben den deutschen Konsularagenten in Hermosillo, Max Müller, der von den Rebellen gefangen genommen war, in Freiheit gelöst.

Damit ist dieser jüngste merikanische Zwischenfall natürlich noch nicht erledigt. Die deutsche Regierung hat das Recht, die weitgehende Genugtuung zu fordern.

Mehr Damen im Eisenbahndienste.

Durch einen Erlass des preussischen Eisenbahnministers wird eine Vermehrung der weiblichen Arbeitskräfte im Eisenbahndienste angeordnet. Die Beschäftigung weiblicher Personen mit einfachen zeichnerischen Arbeiten hat sich nach den bisher erzielten Fortschritten so gut bewährt, daß in mehreren Direktionsbezirken bereits eine Erhöhung der Zahl dieser Arbeitskräfte in Aussicht genommen ist. Eine Eisenbahndirektion hat weibliche Personen auch im Betriebsbureau mit guten Erfolgen beschäftigt. Ihre Tätigkeit bestand dort im Zeichnen der bildlichen Fahrpläne und bildlichen Darstellungen über Zugerbindungen und Zugbelegungen, sowie in der Abänderung der im Gebrauch befindlichen Fahrpläne. Der Minister empfiehlt daher im Hinblick auf diese an verschiedenen Stellen gesammelten günstigen Erfahrungen den Eisenbahndirektionen, auf eine vermehrte Heranziehung weiblicher Personen zum Zeichnerdienst auch im Betriebsbureau Bedacht zu nehmen.

Die reichsländischen Sozialisten an die Französischen.

Die sozialdemokratische Presse veröffentlicht einen Brief, den die elssächsisch-lothringische Landtagsfraktion an ihre französischen Genossen geschrieben hat. Eingangs erklären sie sich nicht ermächtigt, über das Problem der dreißigjährigen Dienstzeit in Frankreich sich auszusprechen, um nicht von den französischen Patrioten als „gekauft“ oder als „Fremde“ verschrien zu werden. Sie gehen es vor, ihren französischen Genossen zuzufügen: „Nieder mit der deutschen Militäraktion! Nieder mit den deutschen Rüstungen! Gegen den deutschen Nationalismus und die deutschen Chauvinisten für die deutsch-französische Verständigung!“ Im Namen der Arbeiterklasse erklärt die Fraktion, daß Elsaß-Lothringen keinen Krieg wolle, und wie die Arbeiter, so denken auch die elssächsischen Bürger. Diejenigen, die in Frankreich auf die Hoffnungen Elsaß' hinwiesen, veränderten die Hoffnungen des Landes nicht. Die Aufrechterhaltung des Friedens müsse in den Augen jedes Elsaßers über Frankreich und Deutsch- und Lothringen. Das Elsaß-Lothringen wünsche, sie volle Autonomie, die die höchste Gewähr für eine deutsch-französische Verständigung sei. Frankreich könne Elsaß-Lothringen helfen, wenn alle Patrioten Frankreich sich zu gebärden, daß in Deutschland niemand mehr Frankreich Revanchehäbigen zuzurechnen kann. Die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich büßten die Verständigung von ganz Europa erleichtern. Im Elsaß sind die Chauvinisten auf beiden Seiten verhaßt. Seine Dankbarkeit gebore denen, die gegen die bedauerlichen Kämpfungen ankämpfen. Elsaß-Lothringen habe den widerrechtlichen Feinden der friedlichen Entwicklung, den Anhängern des Revanchefrieges aufzulange als Vorwand gedient. Wir haben genug von ihnen. „Freiwillig Elsaß-Lothringen sind die Deutschen, die uns die Autonomie verweigern, und die Franzosen, die uns so heftig aus Herz drücken möchten, daß das Blut Europas herausspritzen würde.“

Sozialdemokratie und Budgetbewilligung.

Die Sozialdemokraten in Rudolstadt haben bekanntlich die Mehrheit im Landtag. Sie denken aber ihre parlamentarische Macht nur nicht dazu, die Republik zu proklamieren, sondern sie richten sich vornehmlich auf die nach den Verhältnissen und haben die Bewilligung des Gesamtbudgets beschlossen. Sie genehmigen sogar die Ausgaben für Oden, und endlich bewilligen sie das Gehalt für den Minister, der ein scharfer Gegner der Sozialdemokratie ist. Zu diesen Tatsachen macht die Mannheimer „Volksstimme“ folgende Ausführungen:

„Wir nehmen an, daß die Rudolstädter Fraktion ihre guten Gründe für ihr Verhalten hat und wollen sie „fern vom Schuß“ nicht kritisieren. Aber wie in los erkennt die Stellung der Sozialdemokratie in der Budgetfrage angelehnt solcher Erfahrungen! Solange wir in der Widerzeit sind, müssen wir, un-

kümmert um die politischen Folgen, den Etat ablehnen; lobad wir aber die Mehrheit besitzen, dürfen wir das Budget in seinen wesentlichen Punkten unanändert lassen und dafür rufen! Die jüdischen Genossen, die diese Entwicklung vorausgesehen und die Partei deshalb vor unausführbaren Resolutionen bewahren wollten, wurde zur Zeit des Märzkrises und des Mandatvertrages als „Verräter“ beschimpft. Die Vermunft ist aber doch nicht totzudenken und die Erkenntnis schreitet schnell. Das zeigen uns die lehrreichen Vorgänge in Rudolstadt.“

Mit anderen Worten, die sozialdemokratische Gesamtpartei treibt lediglich Demoralisationspolitik selbst dann, wenn es zum Nutzen der Reaktion geschieht, alles nur zur Ehre eines lächerlichen Prinzips, das sofort aufgegeben wird, wenn die Sozialdemokratie die praktische Verantwortung für ihre Taten zu tragen hat.

Der Abgeordnete Payer und das Jesuitengeh.

Zu den wenigen Abgeordneten der Fortschrittlichen Volkspartei, die im Reichstage für den Zentrumsantrag auf Aufhebung des Jesuitengehobes gestimmt haben, gehörte bekanntlich auch der Vertreter des letzten württembergischen Reichstagswahlkreises, Geheimrat v. Payer, der Führer der Fortschrittlichen Volkspartei Württembergs. In protestantischen Kreisen seines Wahlkreises wird nun gegen die Haltung, die Payer zur Jesuitentage im Reichstage einnahm, Einspruch erhoben. In einer vom Zweizehner Komitee des Evangelischen Bundes einberufenen Versammlung wurde betont, die Stellungnahme Payers zum Jesuitengeh sei nicht im Sinne des überwiegend protestantischen Teils seiner Wählerschaft gelegen. Die Versammlung beschloß sodann einstimmig eine in diesem Sinne gehaltene Erklärung.

Maschinengewehre für alle neuen Zeppelin-Luftschiffe.

Nach den erfolgreichen Schießversuchen mit einem Maschinengewehr auf dem neuen Zeppelin-Militärluftschiff Nr. 3, werden alle künftig zu erbauenden Zeppelinluftschiffe für Militär und Marine mit Maschinengewehren ausgerüstet werden. Die im Bau befindlichen Zeppelintreuer haben bereits Schießstände erhalten. Die Bedeutung der Verwendung von Maschinengewehren auf den Luftschiffen liegt in dessen Eigenschaft als Abwehr- und Angriffswaffe gegen die feindlichen Flugzeuge. Die Schießversuche auf dem neuen Militärluftschiff sind vorer beendet und die Mitglieder der Berliner Kommission sind von Friedrichshafen wieder abgereist.

Keine Wiedereinführung des polnischen Religionsunterrichts. Aus Posen wird uns gemeldet: Witkowski fragte bei der Regierung an, ob in den Unterufen solcher Volksschulen, wo bereits der Religionsunterricht in polnischer Sprache abgehalten ist, dieser wieder eingeführt sei. Sämtliche von der Regierung deshalb befragten Rektoren waren erstunken und gega die Wiedereinführung des polnischen Religionsunterrichts.

Das Kinowesen in Thüringen. Mit dem 1. April d. J. tritt für das Herzogtum Meiningen ein Ministerialauschreiben über den Betrieb kinematographischer Unternehmungen in Kraft, das nicht nur für die vorzugsführenden Bildner und den Besuch der Vorstellung durch jugendliche Personen, sondern auch in baulicher sowie feuer- und sicherheitspolizeilicher Beziehung sehr einschneidende Bestimmungen einbringt. Personen unter 17 Jahren dürfen, auch wenn sie sich in Begleitung Erwachsener befinden, nur zu besonderen Jugendvorstellungen zugelassen, und letztere dürfen nur als solche angekündigt werden. — Ein gleiche Verordnung ist auch für das Fürstentum Schwarzburg-Sondershausen ergangen. Es scheint überhaupt, als solle das Kinematographenwesen in Thüringen einheitlich geregelt werden.

Kleine vermischte Nachrichten.

Der Direktor des Bundes der Landwirte Dietrich Hahn ist als Kandidat der konservativen Partei für das durch den Tod des Reichstagsabgeordneten v. Kapfenstein-Koslow freigewordene Reichstagsmandat von Ost- und West-Sternberg aufgestellt worden.

Mit der Jahreshaupt-Gesamtsitzung der deutschen Fraktion in der Reichstagskammer hat Reichshaus eine besondere Einladung für den Kaiser aus Anlaß seines 23jährigen Regierungsjubiläums verbunden werden. Prinzregent Ludwig und König Friedrich August sollen Ansprachen halten. Auch ein Mitglied des sächsischen Reichstages, wahrscheinlich der Erzbischof-Archonofolger Franz Ferdinand, wird an der Feier teilnehmen.

Hof- und Personalmeldungen.

Der Besuch des Herzogs von Cumberland und seiner Gemahlin am deutschen Kaiserhofe findet am Donnerstag, den 27. März, in Potsdam statt. Der Herzog wird mit allen höchsten Ehren empfangen und nach dem Neuen Palais geleitet, wo er während seines Aufenthalts Wohnung nimmt. Sein Sohn Prinz Ernst August, der Bräutigam der Kaiserstochter, wird die Woche in Potsdam eintreffen, um die Heiratge hier zu erleben. Die Heiratsfeier seiner Hochachtung von München nach Rathenow findet in diesen Tagen statt.

Nachdem der Kaiser die Mittelmeerreise endgültig aufgegeben hat, hat die „Sachsenpost“ Befehl erteilt, bis Mai in der Reichswehr zu verbleiben und dann zur Kaiser-Wache zur Nordlandreise auszurücken.

Die Vermählung der Prinzessin Viktoria Margareta von Schweden, der Tochter des Prinzenpaars Friedrich Leopold, ist auf den 17. Mai festgesetzt und wird im Neuen Palais zu Potsdam gefeiert werden.

Statuar von Max, der frühere Präsident des obersten Rechnungshofes, ist im Alter von 85 Jahren gestorben.

Ausland.

Vermögensgabe auch in Italien?

Zur Frage der Deckung der Heeresvorlage nimmt nun auch der frühere Ministerpräsident Luzzatti das Wort und regt an, es dem Beispiele Deutschlands nachzugehen. Zwar brauche Italien keine Militärdeute wie Deutschland aufzubringen, aber doch immerhin so viel, wie es die Wohlfahrt des Landes erfordere.

Künftige der Erztonprinzessin von Sachsen nach Oesterreich?

Wie der Mailänder „Secolo“ erfährt, beschäftigt die kaiserliche Kronprinzessin von Sachsen wieder nach Oesterreich zurückzukehren. Sie hat jedoch die Ausführung ihres Planes von folgenden Bedingungen abhängig gemacht: Man stellt ihr ein Schloss zur Verfügung, in dem sie das einer Erztonprinzessin würdige Leben führen kann, und gewährt ihr einen kleinen Hofstaat von Ehrenräthen und Kavalieren. Außerdem gewährt man ihr die Freiheit, alle ihr genehmen Spazierfahrten zu unternehmen und sportlichen Vergnügungen zu genießen. Ferner verlangt sie, daß ihre jetzt noch in London, Florenz und Brüssel lebenden Angehörigen, die wahrscheinlich mit ihren Verwandten in Zusammenhang stehen, geregelt werden. Die Reise des Königs von Sachsen nach Wien und Salzburg soll mit diesem Hofstaat zusammenhängen. Der Hof von Oesterreich soll geneigt sein, dem Verlangen der Erztonprinzessin zu willfahren.

Patriotismus in einer französischen Mittelschule.

Der Professor der Philosophie an der Kadettenschule von Saint Ger. Chailan, der zugleich Klassenleiter am Gymnasium zu Versailles ist, war einer der Unterzeichner der von mehreren 100 Professoren westfälischen Verzehrung gegen die dreifache Dienstzeit, die in dem Schiffsdienst als Militär zur Barbarei bezeichnet wurde. Als Professor Chailan in seiner Klasse in Versailles, erfuhr, wurde er von den Schülern mit beratigen Feindseligkeiten empfangen, daß ihm, nachdem er den beschimpfenden Zurufen und dem Rufen eine kleine Weile Handgefaßt hatte, nichts übrig blieb, als das Klassenzimmer zu räumen.

Für den Generalstreik.

Der Nationalrat der sozialdemokratischen Partei hat beschlossen, dem Parteitag der Sozialdemokraten, der zu Osnabrück am 14. April tagen wird, den Generalstreik als Folge davon, daß der Ministerpräsident jeden Versuch einer Einigung ablehnt hat. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Parteitag den Generalstreik akzeptieren wird und daß nunmehr der große Kampf unermüdlich geworden ist. Der Führer der Partei, Wandvoerde, hat am Sonntag vor 10 000 Arbeitern im Kohlenrevier gesprochen; er wurde mit den Rufen: „Es lebe der Streik!“ begrüßt. Er hat den Versuch gemacht, die Leute zur Mäßigkeit zu bestimmen, aber, wie man sieht, ohne Erfolg.

Halle und Umgebung.

Halle a. S., den 18. März.

Stadtvorordneten-Sitzung.

Halle a. S., 17. März.

Am Vorstandsitz der Herren Justizrat Dr. Föhring und Kaufmann Probst.

Unter den Eingängen gibt der Herr Vorsteher ein Dankschreiben der Mitglieder des Stadttheaterauschusses für die Erhöhung der Subvention bekannt. Weiter wird eine Einladung zur Ausstellung der Schülerarbeiten in der Handwerkerhalle mitgeteilt, sowie der bekannte Beschuß des kommunalen Vereines in Sachen der Sonntagstraße.

Eine Eingabe von Tröllwitzer Grundbesitzbesitzern bietet 30 Morgen Terrain für die Anlage einer Gartenstadt an. Die Petition wird auf 8 Wochen zurückgelegt.

Ein Beamter bittet um Erhöhung seines Ruhegehalts. Die Sache geht an den Petitionsauschuß.

Die Magistrate bittet um Erhöhung der Gehälter. Die Eingabe wird dem Etatsauschuß übergeben.

Darauf tritt man in die Tagesordnung ein. Punkt 1 betrifft die

Wahl eines stellvertretenden Schriftführers.

Abgegeben werden 49 Zettel, davon sind 6 unbeschrieben. Von den verbleibenden 43 gültigen Stimmen fallen 25 auf Herrn Borchert, 18 auf Herrn Pfauisch. Herr Borchert ist somit in den Vorstand gewählt.

2. Um Haushaltsplan für 1912 sind unter Kap. II F. 29 für Baufläche

Veränderungen am Rathaus.

15 000 Mk. zur Disposition beider städtischen Behörden eingest. Bevor die endgültige Bewilligung der Mittel nachgeschickt wird, dürfte es sich, wie der Referent Herr Stv. G. empfand, empfehlen, von dem Rathaus ein Modell anfertigen zu lassen, um an diesem zu beurteilen, ob die geplanten Veränderungen in allen Teilen dem jetzigen Bilde gegenüber eine Verbesserung darstellen und ob die angewandten Formen mit den vorhandenen gut zusammenpassen. Insbesondere soll über die Frage des Giebel- und des Altans neben dem Rathausum im Modell eine mehrfache Lösung versucht werden. Um zweckmäßigsten und sichersten wäre, die Beurteilung der Änderungen an Modellen in natürlicher Größe am Rathaus selber vorzunehmen. Doch müßten diese Modelle selbst in leichtester Ausführung bedeutende Mittel beanspruchen. Einfachster und weniger kostspielig ist jedoch die Anfertigung eines Modells im ganzen Rathaus, und zwar im Maßstab 1:50.

Da in kleinerer Ausführung eine Beurteilung von Einzelheiten nicht möglich ist. Eingezogene Offerten über ein derartiges Modell haben den Preis von 1400 Mk. ergeben. Es wird beantragt, den Betrag von 1400 Mk. aus Kapitel II F. 29 - 1912 - zu bewilligen. Bemerkung wird noch, daß dieses Modell als Ausstellungsstück für die Bauausstellung in Leipzig dienen kann.

Die Vorlage wird angenommen.

3. Gegen die durch Gemeindefestsetzung vom 31. August 1912 erfolgte Festsetzung von Vorgärten für die Seebühlstraße hat der Rentier Baumann Einspruch erhoben. Er will diesen zurückziehen, wenn die Grundlinien für seine Grundstücke an der Seebühlstraße - erst kurz, aber nach dem Seebühlstraße - Leopoldstraße anders festgelegt werden. Bedenken sind hiergegen nicht geltend zu machen. Die Veranlagung stimmt zu. (Ref. Herr Stv. Kallmeyer.)

4. Das Geländer bei im Jahre 1904 stadtfestigt von der Provinzialverwaltung übernommenen

Zwölfbogenbrücke

im Zuge der Halle-Eisener Chaussee ist auf einer Länge von ca. 20 Meter infolge Ausweitung der Lagerfüße eingestürzt. Zur Erreichung der erforderlichen Verkehrssicherheit müßte es auf beiden Seiten der Brücke vollständig abgebrochen und neu hergestellt werden. Durch diese Maßnahmen würden bei der starken Verwitterung der miteinander durch Dämme verbundenen Sandsteine erhebliche Kosten entstehen. Es erscheint daher zweckmäßig, bei dieser Gelegenheit gleich eine Erweiterung der Brücke vorzunehmen, zumal die Bürgersteige jetzt sehr schmal sind. Mit der Erweiterung, die von 8 Meter auf 12 Meter ihrer Weite geplant ist, wird auch eine gründliche Revision und Ausbesserung der Gemäwe und Pfeiler des im Jahre 1842 errichteten Bauwerks vorzunehmen sein. Die Bestimmung der entstehenden Kosten ist unklar; gemäß dem Anschlag werden sie sich auf ca. 100 000 Mk. belaufen. Zu den Erweiterungskosten hat die Provinzialverwaltung auf Grund des Uebereinkommens einen Beitrag von 30 000 Mark zu leisten, der nach Fertigstellung des Baues zahlbar ist.

Die Vorlage wird angenommen und die Kosten bewilligt. Die Arbeiten sollen alsbald in Angriff genommen werden, da es bei der großen Länge der Brücke und der Schwierigkeit der Arbeiten sonst nicht möglich sein wird, sie im Laufe dieses Jahres fertigzustellen. (Ref. die Herren Stv. Giese und Grabhand.)

Calstraße.

der vor kurzem bewirkte Ausbau eines Teiles des Weinbergweges, der die Kanalisierung der Talstraße zwischen dem Weinbergweg und der Wilden Saale bedingte, hauptsächlich aber der stetig zunehmende Verkehr nach der Heide, machen den teilweisen Ausbau der Talstraße auf der noch unangebauten Strecke zwischen der Wilden Saale und der Heide erforderlich. Auf der Strecke von der Wilden Saale bis zum Weinbergweg bleiben der Fußweg nebst Baumpflanzungen an der Gehsteigseite sowie die noch zu erhaltende geteerte Gasse der Fahrbahn bestehen. Hier soll nur die Baumpflanzung ergänzt, ein Wegweg neu hergestellt und der übrige Bürgersteig befestigt werden. Wesentlichere Arbeiten bedingt der Ausbau der Talstraße nach dem Weinbergweg bis zur Heide. Für die Strecke ist dem Grundstückseigentümer ein planmäßiger Ausbau der Talstraße, wie von dem Schulz u. Rundpfeilschen Gartengrundstück zur Straße entfallende Gelände unentgeltlich gegen Anrechnung des Wertes auf die Straßenfreigebühren und Auskosten der Stadtgemeinde übergeben worden. Dieses zur Straße nach nicht freigelegte Land muß teils abgeflacht, teils angefüllt werden. Der von Schulz u. Rundpfeilschen gebaute Kanal ist bis an die Ostwiesengasse zu verlängern. Die Fahrbahn erhält Gasse; diese wird gleich so tief gelegt, daß sie die Unterlage für die später auszuführende endgültige Pflasterung bildet. Ferner werden hergestellt die Bromende und der Reitweg. Die Befestigung der Bürgersteige erfolgt mit fortstreichender Bebauung. Es werden drei Reihen

In Uebereinstimmung mit der Baudeputation beantragt der Magistrat, dem Projekt zuzustimmen und die erforderlichen Mittel für a) die Belegung des Kanals sowie das Einbauen von Sandfangkästen usw. in Höhe von 10 000 Mk. aus der Kanalbauumlage, b) die teilweise Regulierung und Befestigung der Straße in Höhe von 71 000 Mk. sowie Verteilung der Baumpflanzung in Höhe von 8000 Mk. aus der Anleihe von 1910 zu bewilligen.

Die Kosten des Kanals sowie die für die teilweise Regulierung und Befestigung kommen nach endgültigem Ausbau der Straße und ihrer Bebauung zur Erstattung.

Die Vorlage findet die Genehmigung. (Ref. Herr Stv. Grabhand.)

6. Die projektierte Straße Kewerz soll nach dem festgelegten Grundrißplan durch das von Baron von Wehlingens Geheluten gehörige Grundstück Am Kirchtur Nr. 3a geführt werden. Wegen des stufenförmigen Verlaufes der Straße entfallenden Landes wurde jedoch die Gemeindefestsetzung vom 17. Juni 1912 die Einleitung des Gemeindefestsetzungsverfahrens beantragt, da die Grundstückseigentümer leinzeitig zu hohe Entschädigungsgespräche hätten. In dem darauf am 22. März 1912 abgehaltenen Verhandlungstermin ist nunmehr ein Vergleich mit den von Wehlingens Geheluten auf der Grundlage eines Vertrages zustande gekommen. Aufser einigen Nebenleistungen machen die Genannten eine geringe Verfestigung der Bau- und Straßenfluchtlinien vor ihrem Grundstück nach dem Maßstab zu zur Verbindung. Ferner fordern sie, außer dem Erwerb des zur Straße entfallenden Landes (ca. 900 Quadratmeter), die künftige Uebnahme einer durch die projektierte neue Straße von dem Stammgrundstück abgetrennten, am Maßstab liegenden Gartenfläche von ca. 455 Quadratmeter Größe. Als Entschädigung für beide Flächen ist der Preis von 22 Mk. pro Quadratmeter vereinbart worden.

Die Veranlagung stimmt dem Antrage des Magistrats zu. (Ref. die Herren Stv. G. u. G. u. G.)

7. Die Abortanlagen der Villa Charlotte befinden sich noch auf den Treppentritten. Die Villa ist weder mit Gasleitungsrohren, noch mit Leitungen für elektrische Beleuchtung versehen. Dieser Zustand beeinträchtigt die Vermietung der im Grundstück befindlichen herrschaftlichen Wohnungen und kann auf die Dauer nicht bestehen bleiben. Die Abortanlagen sollen deshalb in die Wohnungen verlegt und die Wohnungen mit Leitungen für elektrische Beleuchtung versehen werden. Die Verlegung der Abortanlagen bedingt zugleich eine Verlegung der in der ersten Etage befindlichen Badstube in die jetzige Mädchenkammer, die

als solche auch weiterhin bestehen bleiben soll. Die Badstube soll als Küche, die jetzige Küche als Wohnzimmer eingerichtet werden. Außerdem erscheint es notwendig, die an der Straßenfront liegenden Zimmer der ersten Etage mit Doppelfenstern zu versehen.

Durch diese baulichen Veränderungen und Einföhrung der elektrischen Beleuchtung werden 3425 Mk. verlangt. Die Abortanlagen Zoologischer Garten soll die Kosten mit 5 Prozent jährlich verzinsen und diese Verpflichtung auch den Mietern der Villa Charlotte auferlegen.

Die Mittel sollen dem gemeinschaftlichen Dispositionsfonds für 1912 entnommen werden.

Die Vorlage wird angenommen.

8. Nach dem Kostenanschlag des Hochbauamts sind zum Wiederanbau des durch Brand zerstörten Seitenflügels des Wägebauendes,

lomie zur Inhabung der bei dem Brand beschädigten anstehenden Gebäud. 16 600 Mk. erforderlich. Zur Gemisung dringend notwendiger Büroräume hat der Magistrat in Uebereinstimmung mit der Stadtbaudeputation beschlossen, den Seitenflügel des Wägebauendes durch ein Stöckwerk (Manjard) zu erhöhen. Zur Ausführung dieser Arbeiten sind weitere 13 400 Mk. notwendig. Um die Feuergefährlichkeit des Gebäudes zu erhöhen, sollen an Stelle der im Kostenanschlag vorgezeichneten fallenden feuerfesten massiven Wände eingebaut werden. Die Kosten hierfür sind zwar etwas höher, voraussichtlich werden aber die Gesamtkosten den voranschlagten Betrag nicht übersteigen. Der Magistrat beantragt, die erforderlichen Mittel in Höhe von 30 000 Mk. und zwar 16 600 Mk. aus dem Selbstverwalterfonds, 13 400 Mk. aus dem gemeinschaftlichen Dispositionsfonds von 1912 zu bewilligen.

Der Bauauschuß beantragt, das Projekt zu genehmigen, aber ohne Uebnahme. Der Antrag wird angenommen. (Ref. Herr Stv. Schulz.)

9. Die Vorlage, betreffend das Hallenschwimmbad, wird dem Finanzauschuß übergeben.

10. Der Magistrat hat beschlossen, gegenüber denjenigen Anliegern an der Westwiesengasse, welche zu Pfasterkosten bereits herangezogen sind, auf eine Nachforderung für Pfasterkosten zu verzichten.

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt zu. (Ref. Herr Stv. Probst.)

11. Die Stadtverordnetenversammlung wird ersucht, zu genehmigen, daß im Geschäftsjahr 1913 an dem neu mit 7 Klassen eingerichtet, eine 2. Klasse eingezogen, eine neue Stelle für eine wissenschaftliche Lehrerin gegründet, die Mittel für 10 weitere technische Stunden vorgezogen, und nicht 3, sondern 4 Klassen in dem südlichen Flügel des Turnhallengebäudes des Stadtgymnasiums untergebracht werden. Die Schüleraufnahme für Ostern 1913 war so stark, daß die vorgesehenen Klassen nicht ausreichen, was schon bei der Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung vom 24. Mai 1912 wegen der Klassenvermehrung am Gymnasium mit Studienanstalt für wahrnehmlich bezeichnet wurde. Es würden der Stadt folgende Kosten erwachsen: a) Gehalt der Lehrerin 2040 Mk., b) Erhöhung von X D II 2 um 10 technische Stunden 525 Mk., c) Erhöhung des Betrags X D IV 17 für eine 4. Klasse um 150 Mk., zusammen 2815 Mk. Der Magistrat bittet, diesen Betrag aus XX 12 zu genehmigen. Die Ausgabe von 2815 Mk. wird voraussichtlich durch die Erhöhung der Schüleraufnahme bei dem Gymnasium mit Studienanstalt um das Doppelte gedeckt werden.

Die Veranlagung stimmt zu. (Referent Herr Stv. Pfauisch.)

12. Durch Beschluß vom 30. September 1912 hat sich die Stadtverordnetenversammlung damit einverstanden erklärt, daß auf dem Provinzialanwesen Grundstück an der Barbarastrasse eine Raufuttererzeugung mit etwa 2000 Tonnen Inhalt errichtet wird und die erforderlichen Mittel im Betrage von etwa 30 000 Mk. der Anleihe von 1900 entnommen werden. Nach Mitteilungen des hiesigen Militärbauamts hat sich jedoch die Notwendigkeit herausgestellt, der Scheune einen Johannisraum von etwa 300 Tonnen zu geben. Dadurch erhöhen sich die Baukosten um etwa 20 000 Mk.

Die Veranlagung bewilligt behalb 50 000 Mk. zum Bau einer Scheune mit 300 Tonnen Inhalt. (Ref. Herr Stv. Probst.)

13. Der Magistrat beantragt, dem Sächsisch-Thüringischen Reiter- und Pferdebezugsverein zu

Reitpressen für Pferdeerennen.

in Halle abgehalten werden, den Betrag von 5000 Mk. aus Kap. XX 12 des Etats von 1913 zu bewilligen. Der Finanzauschuß wünscht, daß nur 3000 Mk. bewilligt werden.

Die Veranlagung lehnt mit 25 gegen 22 Stimmen der Magistratsantrag ab und bewilligt 3000 Mk. (Ref. Herr Stv. Probst.)

Zum Schluß werden noch Erschließungen vorgenommen.

Hallischer Kolonialverein.

Am Freitag, den 14. März, fand abends 8 Uhr im Hotel Kaiser Wilhelm eine öffentliche Sitzung des Hallischen Kolonialvereines statt. Das Aussehen des verkehrtenen Fürsten Sohlenlohnungserchten die Anwesenden durch Erheben und Hochrufen begrüßte. Nach Erstattung des Jahres- und Rechenschaftsberichts erstarrt der Missionar Herr Pastor Probst das Wort zu einem Vortrag über: „Die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse des afrikanischen Zwischenkontinentes, besonders Ruandas“. So wenig man zur Zeit der Gründung unserer afrikanischen Kolonie des südlichen dem Viktorialsee einerseits und dem Tanjanika, Kivu, Albert Edward- und Albert-See andererseits gelegenen Gebietes dachte, um so mehr ist heutzutage dieses nicht besiedelte Land in aller Munde. Verfehlt man die Bevölkerung Ruandas mit der des übrigen Deutsch-Ostafrika, so entfällt auf dieses viel größere Gebiet nur die knappe Hälfte der Gesamtbevölkerung. Diesem Reichtum an Menschenmaterial entspricht aber die wirtschaftliche Lage des Landes nicht. Im englischen Uganda fällt in allen Höhen des Viktorialsees die lokale Menge produzierender Baumwollbäume auf.

Die deutsche Kolonialverwaltung Ruanda dagegen hat zwar dieselben natürlichen Bedingungen, aber Baumwolle wird so gut wie gar nicht angepflanzt. Von wirtschaftlichem Leben kann man in Ruanda kaum sprechen, nur etwas Kaffee gelangt zur Ausfuhr. Belebt aber wird das Verkehrsnetz durch die zahllosen Träger aus Ruanda, die den Ausfuhrartikel dieses Landes, Kibberhüte, nach Norden transportieren, und durch Ruanda mit Baumwollstoffen, Draht und Perlen zurückkehren.

Schon seit einiger Zeit bestehen zwei Projekte, diesen irrationalen Trägerbetrieb durch Eisenbahnen entbehrlig zu machen, das eine nach Tabora, das andere im Anschluß

Main table containing financial data, stock prices, and exchange rates. Includes sections for 'Woch. Fds.', 'Deutsche Staats-Pap.', 'Deutsche Pfandb.', 'Deutsche Hypoth.', 'Obligat. Indust. Gesellsch.', 'Bank-Aktien', 'Schiffahrts-Aktien', 'Industrie-Aktien', and 'Berliner Brauereien'. Each section lists various securities with their respective prices and values.